

A8NEU Campusgrüne Grundwerte

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.11.2019
Tagesordnungspunkt: 10.3. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 EINLEITUNG

Die Präambel legt fest: "Campusgrün (...) setzt sich für die Verwirklichung einer Gesellschaft ein, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, die Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand diskriminiert wird und in der ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur besteht. [Campusgrün] sieht sich ferner den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, des Feminismus und der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet." In den vergangenen 20 Jahren ist Campusgrün diesen Grundsätzen treu geblieben und als Campusgrüne wollen wir uns auch in den kommenden Jahren für diese Werte einsetzen. Doch nach dieser Zeit ist es sinnvoll, sich zu versichern, für welche Ideale wir uns einsetzen, erneut darüber auszutauschen, was unsere Grundwerte für uns bedeuten sowie diese zu schärfen und zu präzisieren. Im Folgenden sind die Campusgrün Grundsätze neu aufgelistet und beschrieben. Die Bestimmungen der Satzung werden dadurch nicht berührt.

15 BASISDEMOKRATISCH

Alles ist politisch! Und betrifft uns daher alle.

Alle Beteiligten müssen sich für Partizipationsmöglichkeiten aller einsetzen und mit Respekt auf Augenhöhe begegnen. Sobald Menschen von Mitsprache direkt oder indirekt ausgeschlossen werden, wird ihnen die Möglichkeit genommen, ihre Ideen zu teilen und Lösungsvorschläge zu diskutieren. Wer also versucht, andere vom Diskurs auszuschließen verletzt damit das Recht auf Teilhabe und den demokratischen Prozess als Ganzes. Kein Mensch sollte dabei über einem anderen stehen: Demokratische Entscheidungsprozesse schließen autoritäre Strukturen aus!

Es ist das Ziel von Campusgrün, an einer Gesellschaft mitzuwirken, in der alle Menschen am politischen, sozialen und kulturellen Leben vollständig frei und ohne Hindernis teilhaben können und in der alle Gesellschaftsbereiche demokratisch und partizipativ gestaltbar sind. Deshalb ist Basisdemokratie unser politisches Ideal und Leitmotiv, vom Aufbau unserer Mitgliedsgruppen, über die Entscheidungsprozesse in unserem Verband bis zu unserem Einsatz in den Hochschulen und der weiteren Politik. Unser Ziel soll stets sein, Partizipationsmöglichkeiten zu stärken und auszuweiten sowie Menschen eine politische Stimme zu geben. Autoritäre Strukturen lehnen wir daher ab und wollen ihnen entschieden entgegenwirken. Aus denselben Gründen wenden wir uns auch gegen jede Form der Benachteiligung und Diskriminierung: Teilhabe darf nicht von zugeschriebenen Eigenschaften oder materieller Verfügung abhängen und muss allen gleichermaßen offen stehen.

Wir entwickeln kreative und progressive Ansätze, die Demokratie überall in der Gesellschaft zu stärken und sind stets offen für neue Ideen anderer Akteur*innen - solange sie keine rassistischen oder sexistischen Ansätze vertreten. Benachteiligungen und Barrieren wollen wir überall abbauen und richten diesen

41 Anspruch an alle gesellschaftlichen Akteur*innen und selbstverständlich an uns
42 selbst. Deswegen arbeiten wir stets an den eigenen Prozessen und der gruppen-
43 wie verbandsinternen Debattenkultur. Individuen, die in Politik und der
44 breiteren Gesellschaft unterrepräsentiert sind oder denen auf andere Weise die
45 Beteiligung erschwert wird, lassen wir besondere Unterstützung zukommen, z.B. in
46 Form zusätzlicher Partizipationsmöglichkeiten. Ganz besonders engagiert wollen
47 wir gegen Abwertung, Exklusion und jede Form der Entmenschlichung kämpfen, denn
48 das hat in Demokratien keinen Platz: Toleranz gilt gegenüber allen, außer den
49 Intoleranten! Deshalb haben wir eine Unvereinbarkeit mit autoritären,
50 reaktionären, elitären oder anders menschenfeindlichen Gruppierungen in unserer
51 Satzung festgeschrieben, sowie unseren Einsatz für Vielfalt, Gerechtigkeit und
52 die tatsächliche Umsetzung der Menschenrechte.

53 ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

54 Aufbruch aus den rostigen Ruinen kapitalistischer Verwertungslogik – hinein in
55 den nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Hochschulraum

56 Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut die
57 ökologische Gerechtigkeit darauf auf, dass das metabolische Austauschverhältnis
58 zwischen dem Menschen als Bestandteil der Natur grundlegend ökologisch gerechter
59 und im Einklang mit den Tieren und Pflanzen zu gestalten ist. Nur so kann die
60 Natur langfristig als Lebensgrundlage des Menschen und um ihrer selbst willen
61 geschützt werden. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine
62 ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer
63 gesunden, gefahrenlosen Mitwelt und für die dessen Gestaltung unter Teilhabe
64 aller Bürger*innen nach ökologisch-ästhetischen Werten.*

65 Campusgrün als Zusammenschluss vielzähliger grün-alternativer Listen im
66 evidenzbasierten Wissenschaftskosmos erkennt die Veränderungsnotwendigkeiten in
67 der Dringlichkeit an und sieht sich als einen Bestandteil von vielen
68 Akteur*innen der Nachhaltigkeits-, Biodiversitäts- und
69 Klimagerechtigkeitsbewegungen. Dabei wollen wir insbesondere die Hochschulen,
70 sowie Studierenden- und Studentenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die
71 Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns
72 der Verantwortung die Lebensgrundlagen zu erhalten. Die radikal-ökologischen
73 Maßgaben in den Studierendenschaften sollen dabei über die bestehenden Satzungs-
74 und Ordnungsvorschriften hinaus standardisiert werden. Außerdem kämpfen wir für
75 eine gesellschaftlich breit getragene, ökologische und sozial gerechte Ökonomie
76 in einer ökosozialistischen Gemeinschaft.

77 Der Aufbruch aus dem kurzfristig Gewinn orientierten, Ungleichheit schaffenden
78 und Ressourcen verbrennenden Kapitalozän muss in den Arbeitsstrukturen, den
79 landes-, wie bundespolitischen Programmatiken der Studierendenschaften, sowie in
80 den Vorlesungssälen, der Forschung und den Verwaltungen der Hochschullandschaft
81 stattfinden. Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig und ökologisch
82 ausfinanzierte Hochschulen sowie Studierendenwerke. Diese müssen in der
83 Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und
84 Forschungsinstrumentenpark und in dem Ernährungsangebot regional, sozial gerecht
85 produziert sowie betrieben und klimaneutral aufgestellt sein. Parallel zu der
86 bis 2030 abgeschlossenen Infrastrukturwende, deren Prozess partizipativ und
87 transparent dokumentiert für alle Statusgruppen aufzuschlüsseln ist, wird die
88 bis dato anhaltende „Problembewusstsein-Verhaltens“-Lücke durch die Förderung

89 pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier Forschung und
90 Alternativen aufzeigender interdisziplinärer Lehre in allen Studiengängen
91 forciert.

92 Zu unserer Vision gehört die offene Bildung von nachhaltiger Entwicklung. Die
93 Vermittlung wird von unten organisiert durch Studierende und
94 Universitätsangestellten. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt durch
95 einen flächendeckenden kostenfreien ÖPNV und Radwege.

96 * (Anm.: Definition entspricht jener von Öko. Gerechtigkeit nach
97 [http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-](http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-nachhaltigkeit?p=3)
98 [nachhaltigkeit?p=3](http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-nachhaltigkeit?p=3)).

99 SOZIALES

100 Inklusiv, sozial & antikapitalistisch:

101 Der zerstörerischen Arbeitsmarktorientierung in der Hochschulbildung ein
102 soziales, inklusives Ende setzen!

103 Die Teilhabe am politischen und sozialen Leben benötigt in allen Lebensbereichen
104 die Grundlage eines guten Miteinanders ohne Ausgrenzung. Sie setzt eine
105 gleichwertige Verteilung von Kapital- und Bildungsressourcen, unabhängig von
106 Diskriminierungen gegenüber im klassistisch-patriarchalen System
107 marginalisierten Gruppen voraus. Im aktuellen Status quo konstatieren wir
108 fehlende Akzeptanz für diverse Lebensentwürfe unterschiedlicher Herkunft und
109 eine daraus resultierende Spaltung der Gesellschaft, welche sich beispielsweise
110 im gestiegenen psychischen Leidensdruck äußert. Die Entfremdung des Menschen von
111 seiner Arbeit, die paternalistische Quantifizierung des ehemals Privaten abseits
112 der geregelten Arbeitszeiten bis hin zur Entkopplung von der unberührten Natur.
113 Dem entgegen streben wir das gute Leben im langfristigen Einklang miteinander
114 und dem Ökosystem an.

115 Campusgrün lehnt sich gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von Studierenden im
116 bestehenden Abhängigkeitsverhältnis zu den akademischen Strukturen auf. Wir
117 widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen, der in
118 Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems, soziale
119 und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt. Gute
120 Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen Herrschaftshierarchien,
121 den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation strukturell unterstützen und
122 seine Gesundheit* stärken - auch für das Leben nach dem Studium.

123 Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär
124 privilegierte sein und muss allen barrierefrei zugänglich sein. Für ein
125 inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen Bedingungen gesichert sein.
126 Deshalb fordern wir:

- 127 • Der Hochschulraum muss Austeritätsüberlegungen widersprechend
128 ausfinanziert sein, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und
129 über die Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den
130 individuellen Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen
131 Kooperation untereinander im Weg steht.
- 132 • Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab,
133 die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten,

134 dynamisch und ausreichend finanziertes BAföG und nach nicht-prekären
135 Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen ab. Für
136 Studierende bedeutet das vor allem ein mindestens tariflich abgesicherter
137 Lohn, der eine alternative Studienfinanzierung zum BAföG darstellen
138 sollte. Auch internationale Studierende sollten in Deutschland ebenfalls
139 während des Studiums selbstständig beschäftigt tätig sein dürfen.

140 *(Anm.: nach WHO Definition)

141 ANTIFASCHISTISCH

142 Klimakämpfe müssen antifaschistische Kämpfe sein!

143 Durch antisemitisch und rassistisch motivierte Anschläge zeigt sich, wie nötig
144 es noch immer ist, dass wir uns immer und überall gegen Rassismus und
145 Antisemitismus organisieren. Antifaschistische Theorie und Praxis sind gerade
146 dann nötig, wenn die selbsternannte "Mitte" der Gesellschaft angesichts
147 progressiver Bewegungen reaktionär mit der extremen Rechten kollaboriert.
148 Hochschule und Wissenschaft müssen analysieren, was rechte Positionen hegemonial
149 werden lässt - und Alternativen entwickeln, wie man sie verhindern und ihnen
150 etwas entgegensetzen kann. Dafür muss der Grundsatz gelten, dass Wissenschaft
151 immer politisch ist: Wahrnehmung und ihre Vermittlung können kein Abbild einer
152 bewusstseinsunabhängigen Realität, eines objektiven Ursprunges, abliefern.
153 Stattdessen wird das objektive „Normale“ durch historische Sozialisation und
154 Materialität konstruiert und definiert.

155 In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisation, und der gesamten
156 Gesellschaft ist kein Platz für Faschist*innen und Rassist*innen - stattdessen
157 gehen wir dem Grundsatz der Gleichheit nach. Wir stellen uns aktiv gegen
158 Machtinteressen, die jegliche Art diskriminierender Ideologien fördern,
159 insbesondere die, welche schädliches Konkurrenzverhalten hervorbringen.. Auch
160 die stillschweigende Tolerierung von Ungleichheit bedeutet aus unserer Sicht,
161 deren Fortbestehen zu gewährleisten. Wir boykottieren jede Art von
162 Menschenfeindlichkeit - auch über Hochschulen hinaus. Damit rechte Kräfte in
163 Deutschland nicht weiter als bisher bereits erstarken braucht es entsprechende
164 strukturelle Bedingungen (BAföG, Wohngeld, egalitäre Lehre, etc.), die eine
165 solidarische Organisation für alle gegen Rechts ermöglichen. Indem wir uns
166 gemeinsam (als Campusgrüne, aber auch zusammen mit weiteren hochschul- und
167 stadtweiten sowie internationalen Akteur*innen) für egalitäre Verhältnisse
168 einsetzen, können sich erst allgemeine Werte wie Respekt entwickeln und
169 manifestieren. Wir müssen uns für eine Lehre organisieren, die die Beschäftigung
170 mit Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (wie z.B.
171 Rassismus, Sexismus und Antisemitismus etc.) behandelt und Demokratiebildung
172 beinhaltet. Auch müssen wir uns mit öffentlichen Veranstaltungen, Demos und
173 direkten Aktionen gegen rechte Kräfte stellen.

174 Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass Aufgabe von antifaschistischer
175 Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit
176 auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen
177 verfasst sein müssen, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern“* Wir
178 setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte
179 gesellschaftlicher (studentischer) Bewegung in umfassender Form gefördert wird,
180 aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.

181 *(Christ/Sunderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

182 ÖKOFEMINISTISCH/QUEER-ECOLOGIES

183 Feministische Kämpfe und die Überwindung der ökologischen Krise müssen zusammen
184 gedacht werden. Kapitalistische Gesellschaften sind patriarchale Gesellschaften:
185 Sowohl die Natur als auch Frauen* werden in ihnen systematisch als nur für den
186 Arbeitsmarkt verwertbare 'Ressourcen' gehandelt. Es wird davon ausgegangen, dass
187 sich Care-Arbeiten sowie natürliche Organismen immer wieder regenerieren werden
188 - sie also endlos der Warenproduktion dienen können. Dementsprechend besteht ein
189 Zusammenhang zwischen verschiedenen Herrschaftsverhältnissen, welche die
190 internationale Ausbeutung der Natur legitimiert. Damit einhergehend werden
191 Ungleichheiten zwischen arbeitenden Menschen (insbesondere Personen, denen eine
192 weibliche Geschlechterrolle zugewiesen wird) aus dem "Globalen Norden" und
193 "Globalen Süden" erhöht. Diese Herrschaftsverhältnisse des Kapitals sind
194 dieselben, die auch über den Normalzustand der Heteronormativität bestimmen und
195 ihn hegemonial machen.

196 Mit diesem Verständnis stellt der Ansatz der Queer Ecologies die vermeintliche
197 Verbundenheit von "Frau" und "Natur" in Frage: Wir gehen davon aus, dass
198 Geschlechtszugehörigkeit/ gesellschaftlich konstruiert ist – und nicht etwa
199 natürlich-biologischen Paradigmen folgt. Dementsprechend ist es ein Trugschluss,
200 die Gebärfähigkeit eines Menschen mit der Verantwortung zur gesellschaftlichen
201 Reproduktion gleichzusetzen. Eine biologisch bedingte "weibliche Praxis"
202 (unbezahlte Hausarbeit, Pflege, Kindererziehung), ist damit widerlegt.

203 Schlussendlich ist die Trennung zwischen "Natur" und "Kultur" demnach
204 machtpolitisch hergestellt. Dagegen wollen wir Campusgrüne den Raum dafür
205 schaffen, ein alternatives Verständnis von Produktivität diskutieren sowie die
206 künstliche Trennung zwischen Natur und Kultur neu verhandeln: Es sollte keine
207 Hierarchisierung zwischen beiden Modellen stattfinden; der menschliche,
208 historisch geprägte Blickwinkel ist nicht der einzige, der im internationalen
209 Gefüge zählt. Wir können und wollen nicht über jeden Organismus verfügen, ihn
210 beherrschen; sondern gehen von einer produktiven, gegenseitigen Unterstützung
211 aller aus.

212 INTERNATIONALISTISCH

213 Wir alle leben auf einem Planeten und dabei macht es keinen Unterschied auf
214 welchen Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler
215 Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler
216 Kooperationen und Konflikten, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen
217 Öffentlichkeit müssen wir die engen Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter
218 uns lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und
219 solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen
220 einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mag, eine Rückkehr zur
221 Isolation lenkt lediglich von den Problemen ab und lässt diese nur noch größer
222 werden. Vielmehr sollten wir die Vielfalt und Vernetzung einer globalen
223 Menschheit als Chance sehen, alte Konflikte beizulegen und eine faire, freie und
224 fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

225 Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt
226 schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser
227 Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches

228 Studium müssen dazu beitragen Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in
229 Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und
230 sich mit Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die Antwort auf
231 Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist globale
232 Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit: Mit
233 Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Dabei ist uns
234 nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten darf, ein
235 europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt
236 auszuweiten, sondern allen Menschen die Mitgestaltung dieser Gesellschaft zu
237 ermöglichen. Das heißt, Menschen des globalen Südens, marginalisierten Gruppen
238 und die ökonomisch Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit
239 einzubeziehen. International heißt immer solidarisch zu sein!

240 Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale
241 Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und daraus
242 resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort versuchen
243 wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren Perspektiven und
244 Ideen gemeinsam (egal, welcher Herkunft wir sind) und versuchen Räume zu
245 schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache
246 sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und
247 treten ausschließenden Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und
248 Antiziganismus mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns für Projekte im
249 Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit,
250 der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten,
251 verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

252 GEWALTFREI

253 Gewalt verhindert einen freien und gleichen Diskurs und ist deshalb niemals
254 legitimes Mittel grüner Politik.

255 Sobald einem Lebewesen Gewalt angetan wird, entstehen Schmerzen, entstehen Angst
256 und Wut und langfristig entsteht weitere Gewalt. Ob diese berechtigte Gegenwehr
257 ist oder eine weitere Eskalation, zu einer gemeinsamen und gerechten Lösung
258 führt es in keinem Fall. Stattdessen entstehen neues Leid und mehr Gewalt. Jede
259 Gesellschaft muss daher Wege finden Konflikte ohne Gewalt zu lösen, doch wir
260 sehen in der Welt, dass dies ein selten erreichtes Ideal ist. Gewalt ist nicht
261 nur körperlich, sondern kann auch seelisch sein oder versteckt ausgeübt werden.
262 Manchmal ist Gewalt den Beteiligten, weder Opfer noch Täter*innen völlig
263 bewusst, aber sie geschieht trotzdem. Es ist daher unser aller Aufgabe Gewalt
264 aufzudecken und Wege zu finden sie zu verhindern, nicht durch Vergeltung,
265 sondern Aufklärung. Das gilt für einen Streit unter Freund*innen bis hin zu
266 kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Frieden muss in allem
267 Handeln oberstes Ziel sein, durch das Ansprechen der Gewalt, das Aussprechen
268 zwischen den Konfliktparteien und das Auflösen der Konfliktsituation.

269 Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt, aber mit Worten und
270 gewaltfreier Aktion. Wir glauben, dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht
271 steht Wege friedlicher Konfliktlösung und gewaltfreien Zusammenlebens
272 aufzuzeigen. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder
273 kriegerische Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für
274 alle staatlichen Hochschulen. Stattdessen ist die Arbeit der Friedensforschung
275 und Konfliktprävention stärker zu fördern. Hochschulen sollen auch jenseits

276 ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein, Übergriffe jeglicher Art müssen
277 restlos aufgeklärt und geahndet werden und das gesellschaftliche Klima sollte so
278 gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten sicher und wohl fühlen können.

279 ZUR GESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG VON WISSENSCHAFT

280 Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und Wohlstand sorgen,
281 kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft stehen.

282 Sie kann nur für gesellschaftliche Emanzipation, Innovation und Wohlstand sorgen
283 und gleichzeitig kritisch und unbequem sein, wenn sie frei ist, d.h. frei von
284 politischen oder ökonomischen Einschränkungen. Außerdem kann Wissenschaft und
285 Forschung nur funktionieren, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert und
286 wertgeschätzt werden. Wissenschaft sollte durch demokratische Prozesse aber auch
287 so gesteuert werden können, dass sie sich mit Herausforderungen wie der
288 Klimakrise und der Digitalisierung auseinandersetzt. Dabei ist es entscheidend,
289 dass sie sich den Normen einer pluralen und demokratischen Gesellschaft
290 verpflichtet fühlt, die gleichzeitig die Grundlage für ihre freie Entfaltung
291 sind.

292 Wissenschaftliche Auseinandersetzung ist dabei immer zugleich Produkt und
293 Produzent gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe, Themen aus dem öffentlichen
294 Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre und umgekehrt.
295 Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das Streiten in
296 der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden. Gegen die
297 Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die Wissenschaft
298 danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher Herausforderungen kommt,
299 in welcher Breite sie Fuß fassen und was wir gegen sie tun können. Dabei
300 definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig die Grenzen der
301 wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein – aber in Hinblick auf
302 eine solidarische Gesellschaft gar keinen Fall legitim!

303 Für uns ist die Garantie von Wissenschaftsfreiheit daher essenziell. Campusgrün
304 kämpft dafür, dass die Wissenschaft in allen Fachbereichen optimale
305 gesellschaftliche und finanzielle Bedingungen vorfindet. Sie muss
306 rechtsstaatlich so abgesichert sein, dass sie frei ist von politischem Druck,
307 d.h. der gesamte Forschungsprozess muss politisch und auch gesellschaftlich
308 nicht erwünscht sein. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit
309 gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die
310 finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin
311 auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche
312 Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-
313 prekäre und familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse. Wettbewerb um die
314 Vergabe von Geldern darf eine ausreichende Grundfinanzierung nicht ersetzen.
315 Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Wissenschaft und Gesellschaft in einem
316 ständigen Dialog miteinander stehen. Es müssen gesellschaftliche Diskussionen
317 über die Folgen von Technologien und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen
318 hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen Konsequenzen stattfinden.
319 Wissenschaftler*innen stehen aber auch in der Pflicht, ihre Arbeit transparent
320 zu kommunizieren. Ihre Rolle als Akteur*in z.B. in der Politikberatung muss
321 offen kommuniziert und diskutiert werden. Transparenz von wissenschaftlichem
322 Nutzen, aber auch eigenen Interessen, Regeln und Funktionsweisen, auch von

- 323 Fehlern und Skandalen ist entscheidend, um langfristig das Vertrauen der
324 Gesellschaft zu gewinnen und zu erhalten.
- 325 Gesellschaft und Politik haben die Aufgabe die Voraussetzungen für freie
326 Wissenschaft und Forschung zu schaffen und Wissenschaftler*innen müssen sich den
327 demokratischen Normen und stückweise den gesellschaftlichen Forderungen an ihre
328 Arbeit anpassen und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein.